



Kolumne Rudolf Strahm

Das gefährliche Vollgeld-Experiment

Wie könnte ein Banken- und Finanzsystem aussehen, das weniger spekulationsanfällig, weniger ungerecht und USA-dominiert ist, als das real existierende? Ich habe mir häufig den Kopf zerbrochen, wie eine stabilere und gerechtere internationale Finanzarchitektur konstruiert sein müsste.

Ein originelles Denkmodell einer am Schreibtisch konstruierten Geldmarktordnung ist die Vollgeld-Initiative, über die wir demnächst abstimmen. Sie will eine fundamentale Umgestaltung des Kreditsystems in der Schweiz. Nach ihr soll einzig die Schweizerische Nationalbank SNB Geld in Form von Münzen, Noten und Buchgeld schaffen dürfen. Die Geschäftsbanken dürften nur noch als Kredit-Durchlaufstellen dienen. Sie dürften nur ausleihen, was sie an Einlagen direkt von den Kunden erhalten und was ihnen die SNB direkt zuteilt. Dagegen will die Initiative alle Kredite von Bank zu Bank (sogenannte Sichteinlagen) verbieten. Das von der Nationalbank geschöpfte Geld bezeichnen die Initianten als «Vollgeld».

Ein solches Modell wäre an sich reizvoll. Bereits in der Finanzkrise der 1930er Jahre entwarfen amerikanische Ökonomen ein 100-Prozent-Reservesystem der US-Notenbank zur Verhinderung von Spekulationsblasen. Der deutsche Politologe Joseph Huber war von diesem Gedankenkonstrukt so fasziniert, dass er nun Buch um Buch schreibt, um die Welt mit Vollgeld zu retten.

Nur tauglich für Insel-Wirtschaft

Ein solches Konstrukt wäre durchaus machbar, wenn man die Welt neu erfinden könnte und viele Länder mitmachen würden. Aber in einer offenen Volkswirtschaft mit international verflochtenen Banken und globalen Finanzmärkten funktioniert es nicht. Die Vollgeld-Strategie ist ein Traummodell für die Robinson-Insel mit einem abgeschotteten Geld- und Kreditsystem.

Ein Teil der gesamthaft gehaltenen oder im Umlauf befindlichen Schweizer Franken werden heute schon von internationalen Banken und Versicherungen kontrolliert, auch von schweizerischen Bankfilialen im Ausland. Im Falle eines Vollgeld-Regimes wäre es für sie ein Leichtes, über den Umweg einer ausländischen Bankfiliale Kredite zu vermitteln, im Ausland Franken-Sichtguthaben von Bank zu Bank zu verschieben, oder über internationale Kreditkartensysteme und verdeckte Kryptogelder jede Art von Umgehungs-geschäften abzuwickeln. Sofort würde das Umgehungsbusiness zu einem Geschäftsmodell. Die Nationalbank könnte dies nur mit harten Zwangsmassnahmen wie zum Beispiel lückenlosen Kapitalverkehrskontrollen verhindern.

Den Initianten habe ich bereits vor der Lancierung und auch neulich wieder die Frage nach der internationalen Umgehung gestellt. Sie können aus ihrem Denkkonstrukt keine plausible Antwort ableiten. Selbst der Vollgeld-Guru Joseph Huber musste diese Umgehungsmöglichkeiten vorsichtig einräumen: «Banken könnten die Vollgeldordnung vielleicht ein Stück weit unterlaufen, indem sie sich von verbundenen Auslandsunternehmen Kredit in Auslandswährung ausstellen lassen.»

Als Grundübel betrachten die Initianten die sogenannte «girale Geldschöpfung» der Banken. Darunter versteht man jene Praxis, wenn die Bank A der Bank B Kredite (Sichteinlagen) gewährt und dann diese an die Bank C weiter reicht, usw. Die Vollgeld-Initianten nennen dies irreführend «private Geldherstellung der Geschäftsbanken aus dem Nichts». Die Realität sieht so aus: Keine einzelne Bank kann «Geld schaffen». Und keine Einzelbank kann mehr ausleihen, als sie selber Aktiven hat. Richtig ist aber: Die Gesamtheit der Banken kann untereinander, als Bankensystem betrachtet, die Geldmenge durch girale Kreditschöpfung aufblähen und das Finanzsystem instabil machen.

Der Denkfehler der Vollgeld-Insulaner liegt allerdings darin, dass Spekulationsblasen nicht allein durch girale Geldschöpfung entstehen

können, sondern indem die Banken und Schuldner zu wenig Eigenmittel als Finanzpuffer halten müssen, um ihre Risiken selber abzufedern. Heute verfügen die UBS und die CS über nur gerade 3 bis 4 Prozent Eigenmittelanteil an ihren (ungewichteten) Ausleihungen. Hätten die Initianten eine Eigenmitteldeckung von 10 oder gar 20 Prozent gefordert, könnten praktisch alle bankunabhängigen Ökonomen von links bis rechts hinter dieser Forderung stehen.

Mit ihrer totalen Umkrempelung des Kreditsystems haben sich die Initianten verrannt. Wir erleben nicht selten, dass sich überengagierte Urheber einer Volksinitiative ins Extrem verbeissen und sich dadurch selber isolieren.

In der Nationalökonomie gibt es in keinem Bereich so viele sektiererische Verirrungen wie in der Geld- und Währungspolitik. Ein solches Extrem war die marktfundamentalistische Deregulierungswelle vor der Finanzkrise 2008. Oder die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» (Gold-Initiative) von 2014. Oder in den 1990er Jahren die historische Fehlleistung der damals monetaristisch geprägten SNB-Leitung, die mit ihrem Dogmatismus der Geldmengensteuerung die Schweizer Wirtschaft während Jahren regelrecht abwürgte. Heute wird ihr dogmatischer Monetarismus von damals allgemein als sektiererische Verirrung beurteilt.

Die Vollgeld-Strategie hat eine richtige Absicht, nämlich die Stabilisierung des Finanzsystems. Aber sie wäre kaum praxistauglich, wenn eine grosse internationale Bankenkrise wie eine Pandemie auch auf die Schweiz übergriffe und den Frankenkurs durch Fluchtbewegungen in die Höhe triebe. Selbst Vollgeld-Propagandist Joseph Huber räumt ein, dass bei einer Vollgeld-Ordnung «das Land als «sicherer Hafen» gelten dürfte und daher einen unerwünscht hohen Währungszufluss erleben könnte». Dieses Experiment einer kaum kontrollierbaren Frankenaufwertung möchte ich unserer Exportwirtschaft und ihren Arbeitnehmern nicht antun!

Zu viel Macht für die SNB

Ein Vollgeldsystem würde der Nationalbank zusätzliche Macht über die Wirtschaftspolitik übertragen. Sie könnte mit der Geldmenge praktisch das Wachstum steuern. Dem dreiköpfigen Direktorium mit einem übervorsichtigen, modellgläubigen Wirtschaftsprofessor und zwei Karrierebeamten darf man diese Machtfülle ohne demokratische Legitimation nicht übertragen.

Viele Bürger möchten die internationalen Grossbanken irgendwie abstrafen, nachdem diese uns eine globale Finanzkrise mit zehnjähriger Schadenswirkung eingebracht hatten. Der Ruf nach Einschränkung der Banken geniesst einige Sympathie. Damit spielen auch die Initianten. «Gäbe es eine Möglichkeit, die Banken und die Geldmengenvermehrung in die Schranken zu weisen?», fragte mich ein besorgter Bürger. Viele stellen sich solche Fragen zu Recht. Darauf ist aber die Vollgeld-Initiative eine ungeeignete Antwort. Sie macht ein falsches Versprechen. Denn sie löst - in einem Lande isoliert eingeführt - keine der international verursachten Probleme. Sie würde zum gefährlichsten Experiment mit unsicherem Ausgang.

«Die Vollgeld-Strategie ist kaum praxistauglich.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.